

## Hessisches Bedienstetenrecht – HBR

I. Koalitionsvertrag von CDU und Bündnis90/Die Grünen in Hessen .....	1
II. Aktuelles aus der Gesetzgebung .....	7
1. Hessisches Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2013/2014 veröffentlicht/Korrekturhinweis .....	7
2. Hessische Urlaubsverordnung veröffentlicht .....	7
3. Hessisches Gleichberechtigungsgesetz geändert und verlängert .....	7
4. Neufassung der Hessischen Laufbahnverordnung (HLVO) verabschiedet .....	7
III. Vorschau auf die HBR-Lieferungen in den nächsten Monaten .....	8
IV. Neues auf Rehmnetz .....	9
1. News .....	9
2. Blog zum Beamtenrecht .....	9

### I. Zum Koalitionsvertrag von CDU und Bündnis90/Die Grünen in Hessen

CDU und Bündnis90/Die Grünen haben am 17.12.2013 ihre Verhandlungen für eine Regierungskoalition für die 19. Wahlperiode des Hessischen Landtages von Januar 2014 bis Januar 2019 beendet und den Vertrag in seiner schriftlichen Form am 18.12.2013 veröffentlicht. Nachdem die jeweiligen Parteigremien am 21.12.2013 ihre Zustimmung erteilt haben, der Koalitionsvertrag formell am 23.12.2013 unterschrieben wurde, wird der neue Landtag sich am Samstag, dem 18.1.2014 konstituieren und dann auch die neue Landesregierung wählen. Es handelt sich um die 19. Legislaturperiode des Hessischen Landtages. Sie geht von Januar 2014 bis Januar 2019 (5 Jahre). Auszugsweise berichten wir über die wesentlichsten Inhalte der Koalitionsvereinbarung, soweit sie den Bereich des öffentlichen Dienstes betreffen. Wir halten dabei die systematische Reihenfolge des Vertrages selbst bei, die Auflistung erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

#### Der Blog zu Pro & Contra der Reform!



Von und mit Dr. Maximilian Baßlberger. Er ist Experte auf dem Gebiet des öffentlichen Dienstrechts und seit 15 Jahren als Kommentator für das Bayerische Beamtenrecht tätig.

[\[Direkt zum Blog\]](#)



#### Produktipp

##### Hessisches Bedienstetenrecht – HBR

v. Roetteken / Rothländer

##### Teilausgabe I: Personalvertretungsrecht



Loseblattwerk in 4 Ordnern  
ISBN 978-3-7685-9511-7  
€ 159,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen

[\[Mehr Info\]](#)

Der ausführliche Kommentar zum HPVG ist mit vielfältigen Hinweisen zu Literatur und Rechtsprechung versehen und lässt die Bezüge zum BPersVG sowie zum BetrVG ebenso deutlich erkennen wie die Besonderheiten des hessischen Rechts. Umfangreich sind vor allem die Grundlagen des Personalvertretungsrechts im Dienst-, Arbeits- und Verfassungsrecht herausgearbeitet.

v. Roetteken / Rothländer

##### Teil IV: Beamtenrecht

##### Die umfassende Neukommentierung!

Beamten-, Disziplinar- und Richterrecht



Loseblattwerk in 7 Ordnern  
ISBN 978-3-7685-9811-8  
€ 289,99 zzgl. Aktualisierungslieferungen

[\[Mehr Info\]](#)

Der Kommentar zum HBG stellt neben der Gesetzgebungsgeschichte stets auch den Bezug zum Verfassungs- und Arbeitsrecht dar. Gleichzeitig enthalten die Erläuterungen umfangreiche Nachweise zu Rechtsprechung und Literatur. Außerdem werden auch neue alternative Lösungsansätze vorgestellt, um die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtenrechts in einer zeitgemäßen Weise zu modernisieren.

Auszug  
aus dem Koalitionsvertrag von CDU und Bündnis90/Die Grünen für die 19. Legislaturperiode des Hessischen Landtages  
von Januar 2014 bis Januar 2019

Abschnitt	Zeilennummer	Vereinbarungen	Hinweise
<b>B.</b>	<b>In Verantwortung für alle Generationen – Nachhaltige Finanzpolitik</b>		
<b>B. I</b>	250	Es sollen bis Anfang 2019 rd. 1.800 Stellen in der Landesverwaltung eingespart werden. Dies entspricht einem Abbau von rd. 350 Stellen pro Jahr	
	252	<p>a) Es bleibt bei der Besoldungserhöhung von 2,8 % ab dem 1.7.2014,</p> <p>b) die Besoldungserhöhungen für die Zeit ab Juli 2016 bis zum Ende der Legislaturperiode werden auf jährlich 1 % festgeschrieben.</p>	<p>a) Hier liegt offensichtlich ein <b>Schreibfehler</b> vor. Die Besoldungserhöhung beträgt 2,6 % ab dem 1.4.2014 (Art. 6 Nr. 2 HBVAnpG 2013/2014 v. 20.11.2013, GVBl. I S. 578 &lt;581&gt;).</p> <p>b) Dies bedeutet:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• Erhöhung um 2,6 % für die Zeit vom 1.4.2014 bis 30.6.2016 (= 2 Jahre und 3 Monate),</li> <li>• Erhöhung um 1 % für die Zeit vom 1.7.2016 bis 30.6.2017,</li> <li>• Erhöhung um weitere 1 % für die Zeit vom 1.7.2016 bis 30.6.2018,</li> <li>• Erhöhung um 1 % für die Zeit vom 1.7.2018 bis 30.6.2019.</li> </ul>
	253	„.... werden wir die hessischen Standards bei der Gewährung von Beihilfe anpassen.“	Gemeint sind wohl u. a. Änderungen im Bereich von Wahlleistungen wie z. B. der sogen. „Chefarztbehandlung“.
	303	„Eine weitere Privatisierung öffentlicher Einrichtungen wird in der Regel nicht angestrebt.“	
	320	„Wir stellen sicher, dass eine ... öffentlich-private Partnerschaft nur bei nachgewiesenem Wirtschaftlichkeitsvorteil für das Land eingegangen wird.“	

Abschnitt	Zeilennummer	Vereinbarungen	Hinweise
<b>B. III</b>	364	Wir wollen sachgrundlose Befristungen von Arbeitsverträgen überprüfen und zurückführen.	
	366	„... werden wir zur Steigerung der Attraktivität des öffentlichen Dienstes durch geeignete Maßnahmen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf steigern, indem wir die Möglichkeiten ... zur Freistellung... wie etwa der Pflege von Angehörigen oder die Flexibilisierung für Teilzeitbeschäftigte verbessern.“	<p>Heute bestehen bereits folgende Regelungen:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>➤ §§ 63, 64, 66 HBG i. d. ab dem 1.3.2014 geltenden Fassung,</li> <li>➤ § 28 TV-H, § 29 Abs. 1 Satz 1 Buchst. e) TV-H</li> <li>➤ § 1 Abs. 2 i. V. m. § 16 Nr. 2 Buchst. c) HUrlVO</li> <li>➤ § 13 Abs. 2 HGIG</li> </ul>
	373	„... werden wir das Gütesiegel ´familienfreundlicher Arbeitgeber Land Hessen´ weiterentwickeln und an allen Dienststellen des Landes Hessen ermöglichen.“	
	378	„Wir werden ... ein besonderes Augenmerk auf unser Gesundheitsmanagement und die gesundheitliche Prävention der Landesbeschäftigten legen.“	
	385	„Wir verbessern die Handlungsanleitung, um die notwendigen Maßnahmen zur Prävention und Bekämpfung der Korruption treffen zu können.“	
	391	„... werden wir ... die wöchentliche Arbeitszeit im Beamtenbereich im Jahr 2017 auf 41 Stunden absenken.“	
	399	Die gesetzlichen Rücklagen für die Versorgungskosten (HBesG und HessVersRücklagenG) werden weiter dotiert. Die bestehenden Rücklagen werden nicht aufgelöst.	

<b>B. IV</b>	423	Die Ausbildungszahlen zur Ausbildung im gehobenen Dienst der hessischen Steuerverwaltung sollen erhöht werden.	
	435	„... die erfolgreiche Arbeit der hessischen Steuerverwaltung (beruht) auf der richtigen Balance zwischen Außen- und Innendienst. Diese gilt es auch künftig sicherzustellen.“	
	495	„Wir halten am 2-Säulen-Modell von Privatbanken, Sparkassen und öffentlich-rechtlichen Banken fest. Wir werden uns dafür einsetzen, dass seine Besonderheiten angemessen berücksichtigt werden.“	
<b>C.</b>	<b>Umwelt schützen – Schöpfung bewahren</b>		
<b>C. I</b>	755	„Landesbetrieb Hessen Forst leistet wertvollen Beitrag zum Erhalt der Wälder. Wir werden gewährleisten, dass gut ausgebildete Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eine qualitätsvolle Arbeit leisten können.“	
<b>D.</b>	<b>Schule verlässlich gestalten – Wahlfreiheit sichern</b>		
<b>D. I</b>	1303 bis 1305	„Wir halten an der 105prozentigen Lehrerversorgung im Landesschnitt fest. Die infolge des Rückgangs der Schülerzahlen um 6 % bis 8 % frei werdenden Lehrerstellen werden wir im Bildungssystem belassen ... .“	
<b>D. VII</b>	1655 ff.	Die Staatlichen Schulämter werden unmittelbar an das HKM angebunden. Diese Organisationsform ersetzt das Landesschulamt.	Dies ist wohl so zu verstehen, dass damit das seit dem 1.1.2013 bestehende Landesschulamt wieder aufgelöst wird.
<b>E.</b>	<b>Bürgerinnen und Bürger schützen – Freiheit sichern</b>		
<b>E. I</b>	1749	„Wir wollen eine Bundesratsinitiative ergreifen, um den Schutz von Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten sowie anderen Einsatzkräften bei gewalttätigen Übergriffen zu verbessern.“	Eine inhaltlich gleiche Aussage findet sich auch noch in Abschn. G III, Zeilennummer 2358 ff.

	1753	„Um den Bürgerinnen und Bürgern offen gegenüberzutreten ..., werden Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte grundsätzlich ein Namensschild tragen. Das Namensschild kann gegen eine Nummer getauscht werden.“	In Rheinland-Pfalz besteht seit dem 1.1.2014 eine solche Kennzeichnungspflicht.
<b>E. II</b>	1841	„Wir werden die Neuausrichtung und Reform des Verfassungsschutzes zu einer modernen Behörde durchführen. Hierzu werden wir das Berufsbild Verfassungsschützer... schaffen.“	
<b>E. III</b>	1913	„Wir setzen uns für den Erhalt des Bundessozialgerichtes in Kassel ein.“	
	1915	„Die Sicherheit von Bediensteten, Besucherinnen und Besuchern in den hessischen Gerichtsgebäuden werden wir weiter verbessern.“	
<b>E. IV</b>	1985	„Die Teilprivatisierung der JVA Hünfeld werden wir rechtzeitig vor Ablauf des Vertrages ... im Jahr 2018 prüfen und Wirtschaftlichkeit und Effizienz fortsetzen.“	
<b>F.</b>	<b>Wirtschaft verlässlich gestalten – Zukunft sichern</b>		
<b>F. III</b>	2097	„Wir wollen die Leistungsfähigkeit der HessenAgentur... weiter optimieren.“	
	2113	„Wir wollen die Wirtschafts- und Investitionsbank Hessen in ihren wesentlichen Tätigkeitsfeldern stärken und ihre Effektivität erhöhen.“	

<b>F. IV</b>	2134	„Ein modernes Tariftreue- und Vergabegesetz gewährleistet den wirtschaftlichen Umgang mit öffentlichen Mitteln und einen fairen Wettbewerb der Arbeitnehmer.“ „Wir werden ... der Tariftreue der Auftrag nehmenden Unternehmen einen neuen Schwerpunkt widmen.“	
<b>H.</b>	<b>Den Menschen die Wahl lassen – Vielfalt leben</b>		
<b>H. IV</b>	2582	„Wir werden das HGIG novellieren, um die Gleichberechtigung von Frauen und Männern in allen gesellschaftlichen Bereichen durchzusetzen.“	Das bis zum 31.12.2013 befristete HGIG wurde noch kurz vor Ende der Legislaturperiode durch das Gesetz zur Änderung des HGIG v. 10.12.2013, GVBl. I S. 674 in seiner Geltungsdauer bis zum 31.12.2015 verlängert und dabei allerdings nur redaktionell angepasst.
<b>J.</b>	<b>Mobilität stärken – Vernetzt denken</b>		
	2950	„Ebenso werden wir erneut prüfen, ob unter Beteiligung der Verkehrsverbünde ein Jobticket für Landesbeschäftigte eingeführt wird.“	Ein erster Anlauf war Ende der 1980er Jahre gescheitert.
<b>K.</b>	<b>Moderne Hochschulen – Innovative Forschung</b>		
<b>K.I</b>	3377	„Darüber hinaus wollen die Einbindung der Verwaltungsfachhochschulen des Landes in das Wissenschaftssystem stärken.“	
<b>K.III</b>	3478	„Wir werden das Hessische Hochschulgesetz über die derzeitige Geltungsfrist hinaus, längstens bis zum 31.12.2015 verlängern, um im Jahr 2015 eine umfassende Neufassung vorzunehmen.“	
<b>O.</b>	<b>Orientierung geben, Kultur fördern – Hessen in Europa</b>		
<b>O. II</b>	4544	„... wollen prüfen, inwieweit die Rechte der sogenannten festen-freien Mitarbeiter des Hessischen Rundfunks im Hessischen Personalvertretungsgesetz (HPVG) gestärkt werden können.“	Damit wird eine gemeinsame Initiative des Gesamtpersonalrats des hr und der Gewerkschaft ver.di aufgenommen. Zur Problembeschreibung: <i>Rothländer</i> in HBR I § 106 HPVG Rn. 33 ff., 49.

## II. Aktuelles aus der Gesetzgebung

### 1. Hessisches Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2013/2014 veröffentlicht

Das Hessische Besoldungs- und Versorgungsanpassungsgesetz 2013/2014 ist mittlerweile im Gesetz- und Verordnungsblatt veröffentlicht worden (HBVAnpG 2013/2014 v. 20.11.2013, GVBl. I S. 578). Bei dieser Gelegenheit müssen wir eine erneute **Fehlerkorrektur** bezogen auf den Newsletter Nr. 5/2013, S.1 vornehmen. Fälschlicherweise wurde dort angegeben, dass die Besoldungserhöhung im Umfang von 2,6% mit Wirkung zum 1.1.2014 in Kraft tritt. Richtig ist, dass sie mit Wirkung zum 1.4.2014 wirksam wird (Art. 6 Nr. 2, Buchst. b des HBVAnpG 2013/2014 v. 20.11.2013, GVBl. I S. 578, <581>). Wir bitten das technische Versehen zu entschuldigen.

Im Übrigen haben die Koalitionsfraktionen von CDU und Bündnis90/Die Grünen im Rahmen der Präsentation des Koalitionsvertrages am 17.12.2013 deutlich gemacht, dass diese Erhöhung auch unangetastet bleibt. Nach dem Stand der Dinge (siehe unter Abschn. I) werden die sich danach ergebenden Beiträge (Tabellen) dann nicht nur das restliche Jahr 2014, sondern auch das vollständige Jahr 2015 über Gültigkeit behalten. Ab dem Jahre 2016 soll dann eine jährliche lineare Steigerung von 1% erfolgen.

### 2. Hessische Urlaubsverordnung (HUrIVO) veröffentlicht

Wir verweisen auf unsere Berichterstattung im Newsletter Nr. 5/2013, S. 2 f. Die Änderungsverordnung v. 17.12.2013 ist mittlerweile im GVBl. I, S. 686 veröffentlicht worden. Dieses GVBl. ist am 23.12.2013 ausgegeben worden, so dass von einer Ausnahme abgesehen die Neufassung seit dem 24.12.2013 in Kraft ist. Damit ist die Umstellung des Jahresurlaubs noch rechtzeitig vor dem am 1.1.2014 beginnenden neuen Urlaubsjahr erfolgt.

### 3. Hessisches Gleichberechtigungsgesetz geändert und in Geltungsdauer verlängert

Das Hessische Gleichberechtigungsgesetz (HGIG) ist kurz vor dem Ablauf seiner Befristung bis zum

31.12.2013 geändert und in seiner Geltungsdauer auch gleichzeitig verlängert worden. Durch das Gesetz zur Änderung des HGIG v. 10.12.2013 (GVBl. I S. 674) wurde es im Wesentlichen redaktionell den Bedingungen des ab dem 1.3.2014 geltenden 2. DRModG angepasst. Gleichzeitig wurde die Geltungsdauer bis zum 31.12.2015 verlängert. Frauenbeauftragte und Gewerkschaften hatten gegen Ende des Jahres 2013 darauf aufmerksam gemacht, dass ohne eine Verlängerung über den 31.12.2013 hinaus das Gesetz ausläuft und damit auch bestehende Beteiligungsrechte entfallen würden. Durch die jetzt erfolgte Verlängerung ist zumindest Zeit und Raum für eine inhaltliche Diskussion zur Zukunft des Gesetzes über das Jahr 2015 hinaus geschaffen worden (siehe oben Abschn. H.4 der Koalitionsvereinbarung von CDU und Bündnis90/Die Grünen).

### 4. Neufassung der Hessischen Laufbahnverordnung

Wir verweisen auf unsere Berichterstattung im Newsletter Nr. 5/2013, S. 4 ff. Nach Abschluss der verschiedenen Beteiligungsverfahren hat die Landespersonalkommission am 13.1.2014 im Rahmen ihrer letzten Sitzung in dieser Wahlperiode der Neufassung zugestimmt. Nachstehend noch einmal die wesentlichsten Inhalte:

- a) Die *Hessische Laufbahnverordnung*, die *Hessische Laufbahnverordnung besondere Fachrichtungen* und die *Verordnung über die Anerkennung von in Mitgliedstaaten der EU erworbenen Qualifikationen* werden zu **einer** Verordnung zusammengefasst. Mit dem Inkrafttreten der neuen HLVO werden die beiden anderen Verordnungen aufgehoben.
- b) Es wird eine klare **Definition der Begriffe** wie z.B. „Eignung“, „Befähigung“, „fachliche Leistung“, „Beförderung“, „Hauptberuflichkeit“ u. ä. vorgenommen (§ 2 HLVO).
- c) Die **dienstliche Beurteilung** wird zusammen mit Mitarbeitergesprächen, der Führungskräfteentwicklung, der Rotation u. a. als Maßnahme der „Personalentwicklung und -führung“ aufgewertet (§ 4 HLVO).
- d) Das grundsätzliche **Beförderungsverbot** innerhalb **von 3 Jahren nach Ablauf der Probezeit** wird beibehalten (§ 9 HLVO). Im Falle von her-



vorrangenden Leistungen kann gleichwohl schon eine Beförderung nach Ablauf von 2 Jahren vorgenommen werden (§ 10 Abs. 1 HLVO). Gleiches gilt, wenn Zeiten vorliegen, die zu einer Verzögerung der beruflichen Entwicklung geführt haben, diese sich aber nicht nachteilig auswirken sollen. Zu solchen Zeiten rechnen u. a. Zeiten der Kinderbetreuung sowie der Ableistung z. B. des Bundesfreiwilligendienstes oder eines freiwilligen ökologischen oder freiwilligen sozialen Jahres (§ 10 Abs. 2, 4 HLVO).

- e) Es wird eine neue Festlegung des **Höchstalters** für eine Einstellung in das Beamtenverhältnis vorgenommen. Grundsatz: höchstens 50 Jahre alt, Ausnahme: höchstens 60 Jahre alt, wenn ein besonderes dienstliches Interesse vorliegt (§ 11 HLVO).
- f) Wie schon durch das 2. DRModG entschieden, entfällt der „einfache Dienst“. Es verbleiben der mittlere, gehobene und höhere Dienst.
- g) Das System des „*anderen Bewerbers*“ wird beibehalten (§§ 35 ff. HLVO).
- h) Beibehalt des Grundsatzes des **prüfungspflichtigen Aufstiegs vom mittleren in den gehobenen Dienst** (§ 36 Abs. 1 HLVO). Als Ausnahme bleibt jedoch unverändert auch die Möglichkeit des **prüfungsfreien Aufstiegs** erhalten (§ 36 Abs. 5 HLVO). Die bisherigen Voraussetzungen hinsichtlich der Erfüllung eines bestimmten Lebensalters entfallen dabei jedoch, es wird insgesamt auf die berufliche Erfahrung abgestellt.
- i) Schaffung eines „**Qualifikationsaufstiegs in den höheren Dienst**“ (prüfungspflichtig) u. a. wenn ein Hochschulstudium vorliegt, 8 Jahre eine Bewährung im gehobenen Dienst erfolgte und man sich zwei 2 Jahre in der Wahrnehmung höherwertiger Aufgaben bewährt hat (§ 37 HLVO).
- j) Als Ausnahme vom Qualifikationsaufstieg in den höheren Dienst Schaffung bzw. Beibehalt der Möglichkeit des „**Erfahrungsaufstiegs in den höheren Dienst**“ (prüfungsfrei; § 38 HLVO).
- k) Detailregelungen zur dienstlichen Beurteilung, die aber nicht abschließend sind:
  - ➔ Regelbeurteilung alle 3 Jahre,
  - ➔ Beurteilungen, die für Stellenbesetzungsentscheidungen relevant sind, dürfen künftig nicht

älter als 3 Jahre sein (z. Zt. ein Jahr nach der Rechtsprechung des HessVGH),

- ➔ Einzelheiten der Beurteilungen regelt die jeweilige oberste Dienstbehörde (§ 39 HLVO).

- I) Erstmalige Aufnahme von laufbahnrechtlichen Regelungen für den Schuldienst. Dies gilt auch für die dienstliche Beurteilung von Lehrerinnen und Lehrern (§§ 42, 46 HLVO).

Es folgt nunmehr das Unterschrifts- und Veröffentlichungsverfahren. Da die Neufassung mit Wirkung zum 1.3.2014 in Kraft treten soll, ist mit einer Veröffentlichung im GVBl. alsbald zu rechnen.

### III. Vorschau auf die HBR-Lieferungen in den nächsten Monaten

In dieser Vorschau erhalten Sie einen Überblick über den Inhalt der nächsten Aktualisierungslieferungen.

Sie gibt den derzeit geplanten Stand wieder, der aber kurzfristig noch geändert werden kann.

#### Februar 2014:

279. Aktualisierung der Gesamtausgabe =  
133. Aktualisierung der Teilausgabe IV =  
HBG, HBeamtVG, Besoldungsvorschriften

#### März 2014:

280. Aktualisierung der Gesamtausgabe =  
133. Aktualisierung der Teilausgabe IV  
Besoldung, Anhänge Beamtenrecht (Änderungen durch das 2. DRModG)

#### April 2014:

281. Aktualisierung der Gesamtausgabe =  
Tarifrecht  
Tarifverträge und Rundschreiben

282. Aktualisierung der Gesamtausgabe =  
143. Aktualisierung der Teilausgabe IV  
Kommentierung zum HBG und HBeamtVG

Nähere Informationen zum Aufbau des Werkes und zu seinen Teilausgaben finden Sie [hier](#).



## IV. Neues auf Rehmnetz

### 1. News

[ver.di-Fachtagung für Beamtinnen und Beamte 2014](#)

[Geschlechtergerecht formuliertes Grundgesetz](#)

### 2. Blog zum Beamtenrecht

Unser Experte Dr. Maximilian Baßlperger kommentiert wöchentlich die Beamtenrechtsreform und ihre Folgen – immer mit einem wachsamem und kritischen Auge. **Die neuesten Themen:**

[Das Faktische Beamtenverhältnis – Teil I](#)

[Der Finanzbeamte Franz und das liebe Christkind](#)

[Rechtsanspruch auf Beförderung?](#)

Zu weiteren Blog-Beiträgen geht es [hier](#).



## Produkt Tipp

v. Roetteken/Rothländer

### **Beamtenstatusgesetz**

Kommentar



Loseblattwerk in 2 Ordnern  
ISBN 978-3-7685-0953-4  
€ 159,99 zzgl. Aktualisierung

[\[Mehr Info\]](#)

Das Beamtenstatusgesetz legt die Grundstrukturen für eine bundeseinheitliche Anwendung des Statusrechts der Beamtinnen und Beamten fest und verzichtet auf weitergehende Regelungen.

### **Impressum:**

R.v.Decker, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH,  
Im Weiher 10, 69121 Heidelberg  
E-Mail: [claudia.luz@hjr-verlag.de](mailto:claudia.luz@hjr-verlag.de)  
Tel. 0 62 21/489-146, Fax 0 62 21/489-17146

### **Abbestellen:**

Sie erhalten diesen Newsletter, weil Sie auf unserer Abonnentenliste eingetragen sind. Selbstverständlich können Sie ihn jederzeit abbestellen, indem Sie eine entsprechende E-Mail schicken an [hbr@hjr-verlag.de](mailto:hbr@hjr-verlag.de).

### **Disclaimer:**

Für Inhalte von verlinkten Seiten sowie Links im HBR-Newsletter können wir keine Haftung übernehmen. Sollten ein Link oder dessen Inhalte gegen Rechte verstoßen, entfernen wir diesen, sobald wir davon Kenntnis erhalten.

©2014, Verlagsgruppe Hüthig Jehle Rehm GmbH, Heidelberg